

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **13 (1933-1934)**

Heft 8

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

lichkeiten erschöpft zu haben — eine Reduktion des Personals von 12½ % und eine ganz bedeutende Erhöhung der Leistungsfähigkeit.

Es ist nun bezeichnend, daß Nationalrat Bally, der kein Eisenbahnsachmann, wohl aber ein scharf und weitblickender Wirtschaftsführer war, schon 1908 auf alle diese Mißstände und die Unwirtschaftlichkeit des S. B. B.-Betriebes mit beredten Worten aufmerksam gemacht hatte, ohne jedoch Gehör zu finden. Erst als sich die Folgen der unrationellen Ordnung in Form von großen Defiziten geltend machten, wurde zur Reorganisation geschritten. Trotzdem diese große Verbesserungen brachte, zeigt sich heute, daß sie unzulänglich und ungenügend war, sonst wäre es nicht möglich, daß keine 10 Jahre später in derselben Unternehmung ein jährliches, plötzliches, katastrophales Defizit von 50 Millionen auftaucht und sich eine Schuldenlast von nahezu einer Milliarde Franken einstellt, für die niemand verantwortlich gemacht werden kann.

Aus den Beispielen erkennt man, daß die großen Unternehmungen unseres Landes, seien es die Verkehrsanstalten, die Banken *), die Energiewirtschaft oder andere, nicht irgend einer Teilrevision, sondern grundsätzlicher Reorganisationen bedürfen, wenn unsere Wirtschaft wirklich gesunden und zur vollen Leistungsfähigkeit gebracht werden soll. Der Weg führt nicht zu neuen Vorschriften und Reglementen, hinter denen man Deckung suchen kann, oder zur Übersteigerung der verschiedenen schon bestehenden Scheinkontrollen, sondern zu einem neuen klaren, organisatorischen Aufbau der Unternehmungen und zur Verwirklichung des Führungsgedankens durch schöpferische verantwortungsbewußte Persönlichkeiten in Wirtschaft und Staat.

*) Der Zusammenbruch und die Sanierung zweier von acht unserer Großbanken, der Genfer Diskontbank und der Schweizerischen Volksbank, die Tausende von Volksgenossen unverschuldet um die Hälfte ihres Ersparnen bringt, hätte sich an und für sich vermeiden lassen. Die Vorkommnisse sind schlagende Beweise für die unzweckmäßige und völlig ungenügende Durchbildung sowohl unserer volkswirtschaftlichen Ordnung, wie der innerbetrieblichen Organisation unserer Banken und Finanzwirtschaft.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund. — Rückzug von Genf? — Innerpolitische Auswirkungen. — Katholische Führung?

Der Herbst brachte auf dem Gebiet der Innen- und Außenpolitik bedeutsame Ereignisse und Überraschungen. Es sei hier nur an die wichtigsten erinnert, an Deutschlands Rückzug von der Abrüstungskonferenz und seinen gleichzeitigen Austritt aus dem Völkerbund, an die nach langwierigen Unterhandlungen nun doch noch zustandegekommene schweizerisch-deutsche Verständigung über die Regelung des

Zahlungsverkehr (Transferratorium), an die Wiederherstellung des Gleichgewichtes in der eidgenössischen Staatsrechnung (Finanzprogramm), an die überraschende Zustimmung der sozialdemokratischen Nationalratsfraktion zu einem Militärausrüstungskredit im Betrage von 20 Millionen Franken, an die fortschreitende Beschränkung der Handels- und Gewerbefreiheit durch das eidgenössische Verbot zur Neuerrichtung von Warenhäusern und die Vorlage eines Gesetzesentwurfs zur Einführung der korporativen Organisation der Wirtschaft im Kanton Freiburg und endlich an die blutige Wahlschlacht vom 23. September 1933 in Zürich und den nachherigen Einzug von 10 Frontisten ins Stadtparlament. Alle diese Fragen stunden vor 6 Monaten noch kaum zur Diskussion. Es erhellt daraus, daß die politische Entwicklung auch in unserem Lande unter dem dreifachen Druck der wirtschaftlichen Krise, der außenpolitischen Vorgänge und der nationalen Erneuerungsbewegung im Inland ein bisher ungewohntes Tempo eingeschlagen hat. Auffällig ist allein die *G e l a s s e n h e i t*, mit der diese Ereignisse meist aufgenommen wurden. Sie ist indessen für die gegenwärtige politische und geistige Situation unseres Volkes bezeichnend, die dem *D ä m m e r z u s t a n d e* vor dem *E r w a c h e n* gleicht. Jahrzehnte des Wohlstandes hatten den politischen Willen eingeschläfert. Man hielt es überall mit dem Spießler, der nur nach Ruhe und Behaglichkeit verlangt. Wohl konnte man die gewaltigen innen- und außenpolitischen Spannungen in Europa und ihre Gefahren nicht leugnen, doch mühte man sich besonders in der großen Presse darum, der Wahrheit aus dem Wege zu gehen und vertröstete sich mit Hoffnungen, indem man vergeblich auf die Wunder wartete, die der Völkerbund und zahlreiche internationale Konferenzen, zuletzt die Abrüstungskonferenz zur Befriedigung der Welt bringen sollten. Doch die Wunder blieben aus, und jetzt, da politische Umwälzungen die Nachbarschaft erschüttern und eine Weltwirtschaftskrise von ungeheurem Ausmaße auch über unser Land hereinbricht, ist man peinlich überrascht. Herr Bundesrat Meier hat in einer Rede in Rüşlikon am 9. November dieser Stimmung Ausdruck gegeben, indem er davon sprach, daß wir „ohne Verschulden in die Strömungen der Weltkrise hineingerissen worden seien“. Wir können diese Ausrede nicht gelten lassen. Zur Unzeit zu schlafen ist Schuld vor der Geschichte. Der Herr hieß seine Jünger wachen! Die Lehre von Gethsemane gilt auch für Völker und Bundesräte.

Wir würden jedoch der Gegenwart nicht gerecht, wollten wir nur das Bild der Ruhebedürftigen festhalten. Die Zeit der Beschaulichkeit hat schon allzulange gedauert. Eine neue Generation ist herangewachsen. Sie sieht die Wandlungen der Welt rings um unser Land. Sie fühlt, daß unser Volk dem europäischen Schicksal nicht entgehen wird und kann die scheinbare Ruhe und Tatenlosigkeit unserer Innenpolitik kaum mehr ertragen. Bereitschaft zur Tat und Erneuerung ist in weitesten Kreisen vorhanden. Noch sind die Kräfte der Beharrenden stärker. Aber auch zu ihnen dringt das Bewußtsein, daß die gegenwärtige Ordnung fehler- und mangelhaft geworden sei. Sie finden die Kraft zur durchgreifenden Neugestaltung nicht mehr. Jenen aber, die Mut und Kraft dazu hätten, fehlt heute noch die politische Macht. So begnügt man sich denn überall in der eidgenössischen Politik mit „Notstandsmaßnahmen“, ohne daß das Wesentliche geschähe.

Diese Halbheit und Unentschlossenheit wird besonders deutlich in den Auswirkungen, die der Rückzug Deutschlands von der Abrüstungskonferenz und sein Austritt aus dem Völkerbunde in unserem Lande ausgelöst hat. Die Entscheidung Deutschlands kam überraschend. Sie hätte uns aber nicht überraschen dürfen. Ein jeder, der die Entwicklung der deutschen Politik verfolgte, mußte sich eingestehen, daß die Lösung der deutschen Außenpolitik von Genf eigentlich schon längst fällig war. Die deutsche nationale Revolution von 1933 ist ganz nach Innen gerichtet. Sie gilt vor allem dem deutschen Menschen und der deutschen Einheit. Sie bedeutet für Deutschland den innern

Ausgleich für den verlorenen Krieg und wendet sich gegen alles, was daran erinnert, vor allem gegen Versailles und Genf. Um dieses Ausgleiches Willen erträgt sie keinen Zwiespalt zwischen innerer und äußerer Haltung. Ob der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbunde seiner Außenpolitik Vor- oder Nachteile bringe, spielt zur Zeit nicht die entscheidende Rolle. Etwas anderes ist für Deutschland heute wesentlicher: Es hat durch seinen Austritt aus dem Völkerbund die Einheit seiner innern und äußern Politik wieder gewonnen. Die deutsche Stellungnahme unterscheidet sich in diesem Punkte grundsätzlich etwa von der Haltung Mussolinis, der dem Völkerbunde sicherlich äußerst kritisch gegenübersteht, der für ihn aber nur ein politisches Mittel neben andern ist, dessen er sich zu gegebener Zeit bedient, dem er aber weder flucht noch opfert.

Der Schweiz erwächst durch den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbunde die Pflicht, sich auf ihre internationale Stellung und ihre Aufgabe zu besinnen. Leider ist gerade in dieser Hinsicht wenig oder gar nichts geschehen. Gerade dort, wo man heute die Schweiz zu führen wähnt, hat man sich mit billigen Sprüchen getröstet. Bezeichnend war in dieser Hinsicht ein Leitartikel der Neuen Zürcher Zeitung, indem u. a. die am Abend zuvor von einem Pariserblatt ausgesprochene Meinung wiederholt wurde, daß der Völkerbund jetzt vielleicht, d. h. nach dem Austritt Deutschlands, erst fruchtbare Arbeit leisten werde. Vom französischen Standpunkte aus gesehen, ist eine solche Äußerung sehr wohl verständlich. Man befindet sich jetzt in Genf zur Hauptsache wieder im Kreise der alten Siegermächte und wird beim gemeinsamen Tee nicht mehr durch deutsche Faustschläge gestört. Bedenklich aber scheint uns, daß eine „führende“ schweizerische Zeitung solche Dinge einfach nachplappert, denn für die Schweiz stellt sich das Problem doch wesentlich anders.

Als das Schweizervolk sich zum Beitritt in den Völkerbund entschloß, spielte der Gedanke eine wichtige Rolle, daß die Genfer Institution dereinst umfassend und wirklich universell sein werde und keinerlei Unterschiede zwischen Siegern und Besiegten anerkenne. Man hoffte zum mindesten auf die nachträgliche Mitgliedschaft der U. S. A. und registrierte während vielen Jahren freudig jeden amerikanischen Beobachter, der nach Genf kam, als Vorbote des kommenden Beitrittes. Aus den gleichen Gründen bemühte man sich auch eifrig, Deutschland für den Bund zu gewinnen, bei dessen Eintritt Herr Bundesrat Motta sich bekanntlich als Geburtshelfer besondere Verdienste erwarb. Das also zangengeborene Kind erwies sich nun aber eben doch nicht als lebensfähig. Wir wären jetzt wieder soweit wie vor 14 Jahren, jedoch mit einem Unterschied: wir sind heute um eine große Hoffnung ärmer und um die Gewißheit reicher, daß der gegenwärtige Völkerbund an seinem Geburtsfehler, nämlich an der Verquickung mit dem Versaillerfrieden, ewig leiden und aus diesem Grunde auch der schweizerischen Forderung nach Universalität nie genügen wird.

Ungeachtet dieser Feststellung wird für die Schweiz die Frage ihres weitem Verbleibens im Völkerbunde dringlich. In dem Augenblicke, da das Ungenügen der Genfer Institution und ihr Hauptzweck, als Mittel zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes, oder noch deutlicher, zur Sicherung des Versailler Friedens, so unverhüllt hervortritt, wie dies heute der Fall ist, darf die Schweiz sich in Genf nicht mehr beteiligen, wenn sie sich selbst nicht untreu werden will. Dieser Forderung, die sich aus einer seit Jahrhunderten bewährten Neutralitätspolitik mit zwingender Logik ergibt, wird von den Völkerbundsfreunden immer wieder die Behauptung entgegengehalten, die Schweiz habe in Genf eine Mission und ihre eigentliche Aufgabe zu erfüllen. Wir können diesen Standpunkt nicht gelten lassen. Gewiß gibt es eine europäische Aufgabe der Schweiz,

und wir glauben daran, da doch zum mindesten der europäische Kontinent als ein organisches Ganzes angesprochen werden muß, in dem auch unserem Volke seine gliedhafte Aufgabe zukommt. Noch mehr: wir glauben auch, daß in dem föderalistischen Aufbau unseres Staatswesens und dem Nebeneinander verschiedener Kulturkreise innerhalb einer Nation Werte liegen, die die Schweiz nicht nur um ihrer selbst willen zu bewahren hat. Aber gerade diese Werte kommen im gegenwärtigen Völkerbunde nicht zum Ausdruck, und es ist ein frommer Wunsch, doch keine Wirklichkeit, wenn viele Schweizer glauben, daß die Schweiz in Genf je Europa als Vorbild gedient habe oder werde dienen können. Weltpolitik ist Machtpolitik. Das gilt auch für den Völkerbund. Über unsere Ohnmacht innerhalb der Genfer Institution sollte man sich doch allmählich klar geworden sein! Solange in Europa und speziell innerhalb des Völkerbundes lediglich um die Vormacht und nicht um eine europäische Ordnung gekämpft wird, ist für die Schweiz mit ihren beschränkten Machtmitteln in der Genfer Institution kein Platz, und muß die überlieferte Neutralitätspolitik unsere einzige Richtlinie sein. Jede Abweichung davon und jegliche Beteiligung an einer europäischen Machtkoalition, wie sie der Völkerbund nun noch in viel ausgesprochenem Maße werden wird, gefährdet unsere Existenz. Soviel aber sind uns wohl die Interessen der Genfer Fremdenindustrie, die allein für eine weitere Beteiligung sprechen, nicht wert.

Wir wollen damit keineswegs einer politischen Isolierung das Wort reden. Internationale Verbindungen und Organisationen sind nötig, genau so wie Börsen und Märkte für den internationalen Handel nötig sind. Man mache daher aus der Genfer Institution das, was sie im besten Falle sein kann, einen internationalen Markt und Treffpunkt der Politik, wo ein jeder unabhängig seine Interessen vertreten, markten und schwächen kann, wie dies ja heute schon geschieht. Man gebe aber dieser Institution nicht die unaufrichtige und verpflichtende Form des Völkerbundes. Wir wollen unsere Sache selbständig und unabhängig führen und nicht als Glied irgendwelcher Mächtegruppe.

Die notwendige Überprüfung und öffentliche Aussprache über die außenpolitische Stellung unseres Landes ist leider bis heute nicht erfolgt. Die wesentlichste und dringlichste Entscheidung ist aus den bereits eingangs erwähnten Gründen unterblieben. Dagegen hat der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbunde immerhin verschiedene eidgenössische Politiker aus ihrem Dornröschenschlaf geweckt und sie veranlaßt, angesichts der schweren europäischen Spannungen wenigstens ihre saumselige und längst unverständliche Haltung in allen Fragen der Landesverteidigung aufzugeben. Im Bundeshause hat man endlich den Mut gefunden, vom Volke die längst notwendigen Opfer für eine verbesserte Ausrüstung unserer Armee zu fordern, um die man sich seit einem Jahrzehnt unter dem stetigen Hinweis auf Völkerbund und Abrüstungsbestrebungen gedrückt hatte. Bekanntlich waren die Materialreserven in mancher Hinsicht erschöpft, ja es fehlte sogar an den vorgeschriebenen Hosenreserven! In der Herbstsession bewilligten daher die eidgenössischen Räte unter dem Titel „Krisenmaßnahmen“ einen Kredit von 20 Millionen Franken für Materialbeschaffungen, der vor allem auch der bedrängten schweizerischen Industrie zugute kommen wird. Seither hat der Bundesrat bereits ein weiteres Kreditbegehren vorgelegt und fordert 82 Millionen Franken für die Beschaffung schwerer Infanteriewaffen (Minenwerfer u. Infanteriekanonen), die Vermehrung der Maschinengewehre und Flugzeuge sowie die Neubewaffnung der Gebirgs- und Motorartillerie. Zu allen diesen Maßnahmen wäre es vermutlich noch lange nicht gekommen, hätte nicht Deutschlands Weggang aus dem Völkerbund den internationalen Nebel jäh gespalten, der viele eidgenössische Gehirne gefangen hielt. (Diese Rebelspalter-Tätigkeit ist heute umso dringlicher, als die

gleichnamige, einst so vorzügliche satirische Zeitschrift mit Bezug auf Deutschland und die nationale Bewegung in der Schweiz auf die Stufe der übelsten politischen Gez- und Verleumdungsblätter heruntergesunken ist.) Es gab groteske Überraschungen! In dieses Kapitel gehört die Befehung des freisinnigen Parteichefs in Basel, B. C. Scherer, der noch vor kurzem den Antrag gestellt hatte, zwei schweizerische Divisionen abzuschaffen, und sodann, die Aufgabe des üblichen Widerstandes der Sozialdemokratie gegen Militärkredite. In der Herbstsession des Nationalrates geschah das Wunder, daß der erwähnte 20 Millionen-Kredit zur Aufnung der Materialreserven von den Sozialdemokraten unterstützt wurde. Durch Indiskretionen wurde auch bekannt, daß gewisse Stellen der sozialdemokratischen Partei ein Bekenntnis zur Landesverteidigung in Erwägung zogen. Die Angst vor dem Hitlerregiment in Deutschland und der nationalen Erneuerungsbewegung in der Schweiz ist den Marxisten offenbar böse in die Knochen gefahren. Die Sozialdemokratie mag sich indessen entscheiden wie sie will; es wird ihr doch das eine wie das andere wenig nützen. Allein schon der Umstand, daß die Frage der Landesverteidigung in dieser Partei überhaupt aufgeworfen wird, deutet auf die Unhaltbarkeit ihrer Lage und ihr dereinstiges Ende. Lehnt die sozialdemokratische Partei die Landesverteidigung weiterhin ab, so wird sie am Widerspruch ihrer Politik zu den Notwendigkeiten der Zeit zu Grunde gehen. Ändert sie aber ihren Kurs und entschließt sie sich auch nur zu einem Lippenbekenntnis zur Landesverteidigung — woran wir vorerst noch nicht glauben —, dann wird eine schwere Parteikrise und Spaltung unvermeidlich, und der Widerspruch einer solchen Handlung zur ganzen Vergangenheit dieser Partei müßte sie verderben.

* * *

In der Frage der Landesverteidigung haben die außenpolitischen Ereignisse Wunder bewirkt. Außerer Druck und finanzielle Nöte wirken aber auch auf andern Gebieten als politische Lehrmeister. Angesichts der stetigen Verschlechterung der Finanzlage haben sich Bundesrat und Parlament endlich zur entscheidenden Tat aufgerafft: das eidgenössische Finanzprogramm, das von uns seit Monaten gefordert wurde, ist endlich Wirklichkeit geworden. Über das Projekt und die damit zusammenhängenden grundsätzlichen Fragen ist bereits im Juni-Heft durch den Schreibenden und im September-Heft durch Ernst Wolfer eingehend berichtet worden. Die endgültige Fassung der Vorlage enthält keine wesentlichen Änderungen, und es ist daher auf diese hier nicht mehr einzutreten. Bemerkenswert am Werdegang des Finanzprogrammes scheint uns noch eins: Parlament und Parteien hätten wohl nicht so leicht in den sauren Apfel gebissen und sich ihrer wesentlichsten Rechte begeben, wenn sie nicht von zwei Seiten her unter erheblichem Druck gestanden hätten: materiell unter dem Druck des stets steigenden Defizites, moralisch unter dem Druck der heftigen Kritik seitens der neu erwachten nationalen Bewegung, die besonders für die Auswüchse des modernen Parlamentarismus nichts übrig hat. Aus diesen Erwägungen entschloß man sich in Bern wohl auch zu der raschen Verbeugung vor dem von der Krise schwer bedrohten und jeglicher Unterstützung baren kaufmännischen Mittelstande, zu dessen Schutz die Errichtung neuer Warenhäuser auf zwei Jahre hinaus untersagt wurde.

* * *

Weitsichtiger als Parlament und Regierung, die sich durch den Erlaß von Notstandsbestimmungen wenigstens den Anschein zu geben mühen, als ob sie wirklich etwas vom Hauch der neuen Zeit verspürten, handelt zur Zeit der politische Katholizismus, der sich um die politische Führung be-

m ü h t. Als vor zwei Jahren in diesen Hefen und in der „Schweizerischen Rundschau“ aus den Kreisen der Front und der geistig regsamern jüngern Katholiken-Generation die ersten Aufsätze über korporative Ordnung erschienen, hielt man dies ganz allgemein als eine höchst akademische, wenn nicht utopische Angelegenheit. Als bald darauf die Idee an Boden gewann, wurde die liberale und marxistische Presse nicht müde, zu erklären, daß solche Experimente jeglicher schweizerischen Überlieferung widersprächen und auf den geschlossenen Widerstand der ganzen Bevölkerung stoßen würden. Gelegentlich rief man gar die Welschen gegen diese „faschistischen und nationalsozialistischen Ideen“ zur Hilfe. Und nun erleben wir es, daß ausgerechnet die Regierung des konservativen Kantons Freiburg einen Gesetzesentwurf über die Einführung der korporativen Organisation der Wirtschaft in ihrem Kantonsgebiet präsentiert, der von einem welschen Miteidgenossen, Staatsrat Piller, verfaßt wurde.

Der Entwurf stellt ein Rahmengesetz dar. Für den Aufbau der korporativen Ordnung bietet er eine taugliche Grundlage. Die Wahrung der Interessen der verschiedenen Berufsstände obliegt nach diesem Entwurf den Korporationen. Die Initiative zur Bildung solcher Verbände steht den Beteiligten, subsidiär auch dem Staatsrate zu. Die Korporationen müssen indessen bestimmten Minimalvorschriften genügen und bedürfen der Genehmigung durch den Staatsrat, der auch ihre Statuten und Reglemente überprüft und die einzelnen Berufsarten bezeichnet, für die Korporationen gebildet werden dürfen. Der Staat wahrt sich nach diesem Entwurf nicht nur die oberste Kontrolle und Führung, sondern auferlegt den Korporationen die ausdrückliche Pflicht, „die Zusammenarbeit der Klassen im Hinblick auf den sozialen Frieden und das Gemeinwohl zu sichern“. Für Interessenvertreter alten Schlages ist da kein Platz! Die Beschlüsse der Korporationen, die die Stimmenmehrheit aller Berufsgruppen innerhalb der Korporation auf sich vereinigen und die vom Staatsrat im Hinblick auf die Rückwirkungen auf andere Berufsstände überprüft und genehmigt worden sind, werden den Beschlüssen öffentlich-rechtlicher Körperschaften gleichgestellt, d. h. sie erlangen Gesetzeskraft. Die finanziellen Verbindlichkeiten dieser Verbände, wie Beiträge und Bußen, genießen den besondern Vollstreckungsschutz rechtskräftiger Urteile (Art. 80 Sch. R. G.). Soweit der Entwurf. Wer auf dem Boden der korporativen Ordnung steht und der Überzeugung ist, daß die Überwindung des Klassenkampfes heute als wesentlichste Aufgabe allen freihändlerischen Bedenken vorangehen muß, wird ihn freudig begrüßen. Andererseits wird der Widerstand im liberalen Lager nicht ausbleiben und zunächst mit dem Hinweis auf Art. 31 der Bundesverfassung, d. h. auf die Verfassungswidrigkeit der Vorlage, leicht zu begründen sein. Freihandel und korporative Ordnung sind nun einmal Gegensätze.

Politisch bedeutsamer als die Frage, ob der freiburgische Entwurf Gesetz wird, ist wohl der Umstand, daß der politische Katholizismus, wie dies schon angedeutet wurde, damit die geistige Führung wieder zu gewinnen sucht. Diese katholische Führung ist ein unmittelbarer Ausfluß des konservativen Charakters der nationalen Bewegungen. Man hat in Deutschland wohl mit Recht nicht nur von einer nationalen, sondern auch von einer konservativen Revolution, von einer Revolution von Rechts gesprochen. Dabei hat das Wort konservativ eine neue Sinnggebung erfahren. Es bedeutet Bindung des Einzelnen an die Gemeinschaft, an Volk und Erde, Gott und Geist, keineswegs aber mehr nur Festhalten an den überlieferten Formen, die, soweit sie auf das liberalistische und individualistische 19. Jahrhundert zurückgehen, als wesensfremd betrachtet werden. Hier liegt auch der tiefere Zusammenhang für die in der Öffentlichkeit oft bemerkte Sympathie des politischen Katholizismus, insbesondere seiner jüngeren Vertreter zu den Fronten-Bewegungen. Diese natürliche Gleichrichtung kann für das schweizerische Schicksal von weittragendster Bedeutung werden. Beide Strömungen, der politische Katholizismus

und die nationale Bewegung, haben heute ihre große Chance. In Deutschland und Italien hat der politische Katholizismus versagt. Er blieb auf halbem Wege stecken (Regierung Brüning) und zahlte diese Halbheit mit dem Untergang. In Österreich hat ihn die gleiche Strömung zu Macht getragen. Und in der Schweiz? Die letzten 450 Jahre Schweizergeschichte lehren uns deutlich, daß diese beiden Fälle, der deutsch-italienische, wie der österreichische, für uns nicht in Betracht kommen können. Die Schweiz ertrüge eine ausgesprochene Vorherrschaft des Katholizismus so wenig wie seine Unterdrückung. Die beiden Strömungen in der Erneuerungsbewegung, die jüngere katholische Generation und den Fronten, werden sich notwendigerweise finden und ergänzen müssen. Dann könnte ganz Großes geschehen. Die Spaltung der Reformation, die auch im Bundesstaate von 1848 noch eine gewaltige Rolle spielte, könnte, wenn auch nicht im konfessionellen Bereiche, so doch im politischen, überwunden werden. Eine alte Schuld wäre gesühnt. Die Schweiz würde nicht nur an innerer Einheit, sondern auch an äußerer Handlungsfähigkeit gewinnen. Voraussetzung für eine solche Einigung wäre wohl die Aufgabe einer vorzüglich konfessionellen politischen Zielsetzung (Ultramontanismus) auf der einen und die Gewährung der vollen Gleichberechtigung an die Eidgenossen katholischer Konfession (Beseitigung der konfessionellen Bundesverfassungsartikel) auf der andern Seite. Diese Bedingungen, die unter der liberalen Herrschaft schlechterdings unerfüllbar waren, sind es im Verhältnis der Frontenbewegung zum politischen Katholizismus wohl nicht mehr. Die korporative Ordnung, die beiderseits angestrebt wird, gewährleistet Staat und Kirche ihren gesonderten Geltungsbereich und macht politische Kampforganisationen im Dienste der Kirchen, sei es nun die katholische oder die reformierte, überflüssig. Die Auscheidung der Stände und ihrer Kompetenzen verbürgt nicht nur die Reinigung des politischen Bereiches von wirtschaftlichen, sondern auch von konfessionellen Kämpfen. Hier bieten sich der innerpolitischen Entwicklung ganz neue Möglichkeiten. Wird man sie erfassen?

Zürich, den 14. November 1933.

Robert Tobler.

Zur politischen Lage.

Der Zerfall des Völkerbunds. — Das deutsche Angebot. — U. S. A. und U. d. S. S. R. finden sich.

In der abgelaufenen Berichtsperiode standen drei Ereignisse im Mittelpunkt des politischen Interesses: der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, sein Verständigungsangebot gegenüber Frankreich und die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten von Amerika. Alle drei sind von höchster Bedeutung. Sie bilden Marksteine im großen weltpolitischen Umschichtungsprozeß, der gegenwärtig im Gange ist und der die Menschen in Atem hält. Der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund mit dem damit verbundenen Rückzug von der Abrüstungskonferenz sowie das Verständigungsangebot gegenüber Frankreich wirken unmittelbar auf den Gang der Geschichte in Europa ein, während die Annäherung zwischen U. S. A. und Rußland den europäischen Kontinent vorläufig nicht direkt berührt, auf weite Sicht jedoch für Europa mindestens so bedeutsam sein dürfte wie die innereuropäischen Vorgänge. Es ist hier etwas im Gange, das die Weltgeschichte auf Jahrzehnte, wenn nicht auf Jahrhunderte hinaus entscheidend zu beeinflussen vermag.

* * *

Der Rückzug Deutschlands von der Abrüstungskonferenz und sein Austritt aus dem Völkerbund wirkten wie ein Donnererschlag. Zwar mußte man, daß die nationalsozialistische Regierung der Genfer Institution keine Sympathien entgegenbrachte. Allein der radikale Bruch mit Genf kam für die meisten doch unerwartet.

Die Gründe, die Deutschland zu seinem Schritt bewogen, sind verschiedenartiger Natur. Zunächst ist es durchaus begreiflich, daß ein Volk, das sich eben erst mit ungeheurer Kraftanstrengung zu neuer Einheit und innerer Geschlossenheit durchgerungen hatte, die Beteiligung am unwürdigen und heuchlerischen Spiel der in der Abrüstungskonferenz versammelten hochgerüsteten Mächte nicht mehr mit seiner Ehre vereinbaren zu können glaubte. Sodann sollten durch die drastische Demonstration, welche der Austritt aus dem Völkerbund bedeutete, die Westmächte gezwungen werden, zu einer Politik der Revision des Versailler Vertrages Hand zu bieten, wobei es allerdings dahingestellt bleiben mag, ob hier das richtige Mittel zum richtigen Zweck angewendet wurde. Eine weitere Rolle dürfte die neu entstehende politische Konstellation in Europa gespielt haben, die durch die Annäherung zwischen Frankreich und Rußland inauguriert wurde. Wir werden auf diesen Punkt weiter unten zu sprechen kommen. Endlich waren auch innerpolitische Gründe für die Taktik Deutschlands maßgebend. Die durch den Rückzug vom Völkerbund und von der Abrüstungskonferenz auf die Spitze getriebene Isolierung Deutschlands ließ sich wie kein anderer Vorgang dazu benützen, die Zusammenschweißung und Einigung des Volkes zu vollenden und zugleich die Politik der Reichsregierung durch das Volk sanktionieren zu lassen. Wenn im Augenblick, in dem diese Zeilen geschrieben werden, das deutsche Volk sich in imposanter Geschlossenheit hinter seine Regierung stellt und wenn dadurch die Machtposition der Regierung im Innern eine nicht hoch genug einzuschätzende moralische Untermauerung und Festigung erhält, so ist dies nicht zuletzt dem Zusammenspiel zwischen Außen- und Innenpolitik zu verdanken. Es war in der Tat meisterhaft, wie die Außenpolitik in den Dienst der innerpolitischen Machtbefestigung gestellt wurde. Auf der andern Seite kann kein Zweifel darüber bestehen, daß das bis in alle Faseren zu einer Einheit gewordene und sich mit der Regierung vollkommen einig fühlende Volk die Vorbedingung für eine starke Außenpolitik eben dieser Regierung ist und eine solche geradezu erst ermöglicht. So durchdringen sich in den jüngsten Ereignissen, in die Deutschland verflochten ist, die außenpolitische und die innerpolitische Linie zu einer untrennbaren Einheit.

Durch den Rückzug Deutschlands von der Abrüstungskonferenz wurde diesem Gebilde, das nicht leben und nicht sterben kann, der Todesstoß verfeßt, was nicht zu bedauern ist, da es ohnehin an seiner inneren Unwahrhaftigkeit zugrunde gegangen wäre. Wenn der Gedanke der Abrüstung von den hauptbeteiligten Mächten aufs Neue aufgenommen wird — und er muß selbstverständlich wieder aufgenommen werden, wenn nicht Europa einem neuen, furchtbaren Krieg und damit dem Abgrunde zutreiben soll —, so muß es in einer entgifteten Atmosphäre geschehen, die nur dadurch zu Stande kommt, daß endlich auch die siegreichen Mächte des Weltkrieges die ihnen im Versailler Vertrag auferlegte Verpflichtung zur Abrüstung einhalten und unter die ganze unselige Nachkriegspolitik mit der chronischen Diskriminierung Deutschlands einen Strich ziehen. Bringen die Siegerstaaten auch heute dies noch nicht über sich, dann allerdings liegt die Zukunft Europas im Dunkel.

Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund hat diese Institution wieder ihrer eigentlichen Zweckbestimmung, nämlich der Garantie der durch die Verträge von 1919 geschaffenen politischen Zustände, zurückgegeben. Nachdem die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Rußland dem „weltumspannenden“ Völkerbund nicht angehören und nachdem Japan und Deutschland aus ihm ausge-

treten sind, ist er wieder ganz offen zu einer Vereinigung der im Weltkriege siegreichen Mächte geworden. Diese Tatsache darf sich die Schweiz als Mitglied des Völkerbundes nicht verhehlen. Inwiefern zu gegebener Zeit aus ihr gewisse Folgerungen zu ziehen sind, mag zur Stunde dahingestellt bleiben. Eines jedoch steht fest: daß das Problem der schweizerischen Neutralität wieder mahnend vor uns auftaucht.

* * *

Vom europäischen Standpunkt sehr viel bedeutsamer als der Rückzug Deutschlands von der Abrüstungskonferenz und vom Völkerbund war das damit verbundene Verständigungsangebot Hitlers gegenüber Frankreich. Hier geschah etwas gänzlich Neues in der politischen Geschichte der letzten Jahrzehnte. Ohne endlose Vorberatungen hinter geschlossenen Türen, ohne Verbalnoten, ohne Sondierung der Opportunität des Schrittes beim Gegner und ohne vorherige Festlegung der Aktion auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen streckte hier der verantwortliche Regierungschef eines Landes dem bisherigen Erbfeind ganz einfach die Hand zur Versöhnung hin. Die Geste mochte alten Routiniers, wie sie die französischen Staatsmänner vom Schlage Paul-Boncour's sind, primitiv vorkommen. Gerade in dieser Primitivität jedoch lag das Erschütternde des deutschen Schrittes, dasjenige, das zwar nicht die Diplomaten, wohl aber das Volk im Innersten beeindruckte. Immerhin gibt es in Frankreich, wie Sieburg in der „Frankf. Zeitung“ schreibt, heute schon eine große Zahl von Gebildeten, die der Ansicht sind, daß der Vorschlag einer unmittelbaren Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich insofern etwas Faszinierendes habe, als er mit einem Schlage die erstickende Routine der bisherigen französischen Außenpolitik beseitige und durch eine frischere, gleichsam jugendlichere Methode ersetze. Möchte doch diese Ansicht sich in Frankreich durchsetzen, damit die Hand des deutschen Kanzlers nicht ins Leere greift!

Der Schritt Hitler's ist zweifellos in erster Linie im Hinblick auf Deutschland getan worden. Er entspringt aber gewiß auch einem tiefen Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber dem übrigen Europa. Von diesem Standpunkt aus betrachtet ist das deutsche Angebot an Frankreich die unmittelbare Rückwirkung auf die Annäherung zwischen Frankreich und Rußland. Wir haben in der letzten Rundschau diesem hochpolitischen Ereignis unsere Aufmerksamkeit geschenkt und dabei auf die Gefahr hingewiesen, die in Europa entsteht, wenn eine ähnliche Konstellation der Mächte wie 1914 zustande käme. Der Schritt Deutschlands ist insofern ein Ereignis von historischer Tragweite, als durch ihn Frankreich in dem Augenblick, wo es zur ewigen Darniederhaltung seines deutschen Rivalen den Bolschewismus in das politische System Europas einspannen und ihn gewissermaßen hoffähig machen will, vor die Frage gestellt wird, ob es nicht in letzter Stunde von diesem für Europa unerhört gefährlichen Vorhaben Abstand nehmen und in die von Deutschland dargebotene Hand der Verständigung einzuschlagen gewillt ist. Von der Antwort Frankreichs an Deutschland hängt nichts Geringeres als das Schicksal Europas ab. Weist Frankreich die dargebotene Hand zurück, so kommt es allseitig zu einem neuen Wettrüsten, zu einem Krieg auf Leben und Tod (in dem Deutschland abermals der Übermacht seiner Feinde erliegen müßte) und daraufhin zwangsläufig zu einem bolschewistischen Chaos in Deutschland. Ist daselbe aber einmal eingetreten, so ist mit Sicherheit vorauszusehen, daß der Feuerbrand nicht allein auf Deutschland beschränkt bliebe, sondern in Europa so lange um sich fressen würde, bis überall das Unterste zu oberst gekehrt wäre. Wenn aber

am Ende dieses Prozesses die rote Fahne der proletarischen Diktatur auf dem europäischen Trümmerfeld hochgezogen würde, so wäre Europa zu einer bedeutungslosen, ausgemergelten und ausgefaugten Provinz des asiatisch-bolschewistischen Weltreichs herabgesunken.

Der Schritt Deutschlands bedeutet demnach einen Markstein in der Entwicklung der europäischen Politik. Allein er bedeutet mehr als nur das: er bedeutet eine Mahnung von größter Eindringlichkeit an alle diejenigen, die aus Angst, Blindheit oder egoistischem Interesse eine Politik verfolgen, welche Europa unrettbar ins Verderben führen muß. Das Verständigungsangebot Deutschlands schließt die eindringliche Aufforderung an Frankreich in sich, zu einer Revision des unhaltbar gewordenen Versailler Diktates, in dessen Zwangsjacke Deutschland ersticken muß, Hand zu bieten. Möge Frankreich, das heute einen wesentlichen Teil des europäischen Schicksals in seiner Hand hält, den Ernst der Stunde erkennen und seine wahrhaft europäische Einstellung an den Tag legen, jene Einstellung, als deren eigentlichen Träger es sich selbst zu allen Zeiten bezeichnete!

* * *

Die Dinge, die sich auf dem europäischen Kontinent abspielen, dürfen nicht dazu führen, ein Ereignis zu übersehen, das in der Ferne vor sich geht: Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Rußland. Wenn diese Zeilen im Druck erscheinen, wird die offizielle Anerkennung der Sowjetunion durch Amerika vollzogen sein.

Die Vorbereitungen zu dieser Verständigung wurden schon seit Jahren getroffen. Schon lange Zeit bestanden Beziehungen zwischen der amerikanischen Hochfinanz und den bolschewistischen Machthabern. Allein die offizielle Anerkennung der Sowjetunion ließ immer noch auf sich warten. Nun hat die amerikanische Wirtschaftskrise und die immer gespannter werdende Lage im Fernen Osten die Entwicklung beschleunigt und den Präsidenten Roosevelt veranlaßt, russische Unterhändler nach Washington kommen zu lassen.

Der Feind und Rivale sowohl der Vereinigten Staaten als auch Rußlands im Fernen Osten ist Japan. Die amerikanisch-russische Verständigung richtet sich unmittelbar gegen diese gewaltig aufstrebende, zielbewußte Expansionspolitik treibende Macht. Der diplomatischen Anerkennung der Sowjetunion durch Amerika wird früher oder später der Abschluß eines militärischen Rückversicherungsvertrages der beiden Staaten folgen. Beide fühlen sich von der japanischen Großmacht bedroht. Vorläufig allerdings werden die wirtschaftlichen Vorteile, die Amerika sowohl als Rußland voneinander erhoffen, im Vordergrund des Interesses stehen. Amerika, dessen Wirtschaftskrise immer bedrohlichere Ausmaße annimmt, hofft auf Abnahme seiner Industrieerzeugnisse, Rußland auf Kredite. Allein die gegenseitigen wirtschaftlichen Interessen können den politischen Hintergrund der Verständigung, der die Frontbildung gegen Japan ist, nicht verdecken.

Die Frage der Rückwirkung auf Europa taucht auf. Zunächst wäre daran zu denken, daß das Interesse Sowjetrußlands sich immer mehr auf den Fernen Osten konzentriert. Allein auch die gegenteilige Entwicklung ist möglich: daß nämlich durch die wirtschaftliche Unterstützung seitens der Vereinigten Staaten eine Konsolidierung Rußlands im Innern erfolgt, daß der Zustand im Fernen Osten stationär bleibt und Rußland sich infolgedessen erneut dem Westen, d. h. Europa zuwendet. Die Entwicklung würde durch den weiteren Ausbau der französisch-russischen Beziehungen gefördert werden. Wir haben bereits weiter oben von den damit für Europa verbundenen Gefahren gesprochen.

Wichtig ist ferner das Verhalten Großbritanniens. Die wirtschaftliche Verständigung zwischen Rußland und Amerika müßte den englischen Handel empfindlich stören. Außerdem hat England wegen seiner asiatischen Besitzungen kein Interesse an einer inneren Aufschwung Rußlands, der durch die Mithilfe Amerikas gefördert würde. Sollte sich jedoch England offen auf die Seite Japans stellen, so würde dies Rückwirkungen auf Australien haben, das sich von Japan bedroht fühlt. Auf jeden Fall wird das Interesse Englands durch die amerikanisch-russische Verständigung neuerdings von Europa abgelenkt werden, jodaß in Zukunft noch viel weniger, als dies bereits heute der Fall ist, mit England als einem ausgleichenden Faktor in der europäischen Politik gerechnet werden kann.

Endlich darf eine Folge der amerikanisch-russischen Verständigung nicht übersehen werden (und dies ist die schicksalsschwerste für Europa): daß nämlich durch das Zusammengehen zwischen Moskau und Washington im fernen Osten eine wirtschaftliche Machtsphäre entstehen wird, aus der über kurz oder lang der europäische Kontinent restlos vertrieben sein dürfte. Wie weit sich die amerikanisch-russische Einflußsphäre ausdehnen wird und in welchem Maße dabei europäische Absatzmärkte verloren gehen werden, läßt sich heute noch nicht übersehen. Fest steht lediglich, daß die Verständigung zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten Europa wirtschaftlich mit schwerster Besorgnis erfüllen muß. Dies allein sollte genügen, um diejenigen europäischen Mächte, auf deren Schultern die Verantwortung für unseren Kontinent gelegt ist, noch rechtzeitig zur Besinnung zu bringen.

Schaffhausen, den 12. November 1933.

Rolf Henne.

Nachschrift. Mit großartiger Einmütigkeit hat sich das deutsche Volk am 12. November hinter seine Regierung gestellt. Durch die Abstimmung wurden ein für alle Mal jene Skeptiker Lügen gestraft, die behaupteten, daß das nationalsozialistische Regime die Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit des Volkes bedeute. In rund acht Monaten gelang es den deutschen Machthabern, das ganze Volk geschlossen hinter sich zu bringen, was ein in der Geschichte einzigartiger Vorgang ist. Praktisch gesehen bedeutet der Ausgang des deutschen Plebiszits das Ende des Versailler Vertrages, denn gegen den nach 15-jähriger Unterbrechung zum ersten Mal wieder kompakt auftretenden Block des deutschen Volkes wird der Buchstabe von Versailles nichts mehr ausrichten können, es sei denn, daß Frankreich ihm mit Waffengewalt Nachachtung verschaffen wollte, was wir jedoch für unwahrscheinlich halten. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als das internationale Gespräch wieder aufzunehmen. Allerdings dürfte dies nicht auf dem Genfer Parkett geschehen, das durch den möglichen Austritt Italiens aus dem Völkerbund neuerdings an Bedeutung einbüßen wird. Das Eine jedenfalls steht heute fest: daß der deutschen Volksabstimmung eine weitreichende internationale Bedeutung zukommt. In verschiedenen Ländern, deren Systempresse zum 12. November eine hemmungslose Propaganda gegen Deutschland betrieb, deutet sich eine Stimmungsumschwung an. Möge derselbe überall mit derart elementarer Wucht zum Durchbruch kommen, daß unter seinem Einfluß der Weltkrieg endgültig liquidiert und ein neues Kapitel gesamteuropäischer Politik in Angriff genommen werden kann!